

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 26.11.2024
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Harsch, Frank

Mitglieder

Ellensohn, Siegfried
Garcia, Dominik Joaquin
Hägele, Sigmar
Höffling, Katrin
Hoffmann, Conny
Höfler, Armin
Kentischer, Joachim
Lohner, Oskar
Maier, Bernhard
Meier-Lang, Isabel
Scheller, Urs
Schmidbauer, Jörg
Schnekenburger, Dominik
Steiner, Gerhard
Strobel, Angelika
Strobel, Tim
Waldschütz, Jürgen

Protokollführer

Hock, Jochen

Verwaltung

Bezikofer, Heike
Distler, Matthias
Muscheler, Katja

Sonstige

Freund, Thomas, Geschäftsführer Stadtwerke
Engen GmbH

Abwesend:

Mitglieder

Lang, Kerstin entschuldigt
Schoch, Martin entschuldigt

Sonstige

Mayer, Reinhold entschuldigt
Stärk, Alexa entschuldigt

Zuhörer: 4

Pressevertreter: 2 (Südkurier, Hegaukurier)

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls werden die Stadträte Bernhard Maier und Oskar Lohner nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmt.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 4 GemO werden folgende Beschlüsse des Gemeinderates aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 22.10.2024 bekannt gegeben:

1. Der Gemeinderat stimmt der Verlängerung der Option für eine Erweiterung um ca. 1.100 qm für eine Firma bis zum 31.10.2025 bei Zahlung einer Optionsgebühr von 1.100 € zu.
2. Der Gemeinderat hat eine Personalangelegenheit beschlossen.

3 Energiebericht 2023 Vorstellung der Energieverbräuche der städtischen Gebäude Vorlage: 159-24

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet die Vorlage Nummer 159 - 24 ein und bittet FRAU SCHRAMM den Energiebericht für das Berichtsjahr 2023 vorzustellen.

FRAU SCHRAMM stellt den Energiebericht 2023 mithilfe einer PowerPoint Präsentation detailliert vor. Sie erläutert, dass zum Vergleichsjahr 2005 ca. 13.500 m² hinzugekommen seien. Im Vergleich zum Jahr 2022 sei es insgesamt etwas weniger Gesamtfläche, da die alte Stadthalle mit ca. 1100 m² weggefallen sei. Grundsätzlich seien die Verwaltungsgebäude, die Schulen, die Kindertageseinrichtungen, die Sporthallen, die Bürgerhäuser und Stadthalle sowie das Museum, der Bauhof, die Feuerwehr Engen und die Straßenbeleuchtung Bestandteil des Energieberichts. Im Vergleich zum Jahr 2022 hätte man 247 Heiztage, sprich vier Tage weniger Heiztage bei einer durchschnittlichen Außentemperatur von 10,3 Grad. Die durchschnittliche Temperatur liegt somit nahezu identisch zum Vorjahr 2022.

Anschließend erläuterte FRAU SCHRAMM die Preisentwicklung im Bereich Heizöl, Gas, Wärme, Pellets, Strom und Wasser. Während im Bereich Heizöl, Pellets und im Bereich Wasser die Preise rückläufig bzw. konstant gewesen seien, seien im Bereich Gas, Wärme und Strom die Preise gestiegen. Die größten Energieverbraucher in der Stadt Engen seien die Schulen, Bürgerhäuser und Stadthallen sowie die Kindergärten und Sporthallen sowie anschließend die Verwaltungsgebäude und die sonstigen Gebäude, wie zum Beispiel Feuerwehr, Museum und der städtische Bauhof. FRAU SCHRAMM erläutert, dass man im Berichtsjahr 2023 sowohl weniger Heizenergie als auch Strom und Wasserverbrauch gehabt habe, sich dies aber nicht auf

die Kostenentwicklung widerspiegeln würde. Man habe bei der Heizenergie, beim Strom und Warmwasser höhere Kosten zu verzeichnen, was mit den jeweiligen Preisanstiegen in den genannten Sektoren zu tun hätte. Allein im Heizenergieverbrauch hätte man eine Kostensteigerung in Höhe von 67 % im Vergleich zum Vorjahr hinnehmen müssen. Die Gaspreisbremse hätte zu einer Einsparung in Höhe von 23.000 € geführt. Die Wärmeerzeugung werde mit 88 % aus Gas, mit 8 % aus Öl und mit 3 % aus Pellets gewonnen.

Anschließend erläuterte FRAU SCHRAMM die jeweiligen Grenz- und Zielwerte für den spezifischen Heizenergieverbrauch, Stromverbrauch und den Wasserverbrauch.

Mit einem spezifischen Heizenergieverbrauch 2023 in Höhe von 75 kWh/Quadratmeter liege man deutlich unter dem Grenzwert von 128 kWh/Quadratmeter aber auch über dem Zielwert, der bei 63 kWh/Quadratmeter liege. Ähnlich sehe die Situation beim spezifischen Stromverbrauch aus, hier liege man mit 13,64 kWh/Quadratmeter deutlich unter dem Grenzwert in Höhe von 26,78 kWh/Quadratmeter aber auch über dem Zielwert in Höhe von 7,11 kWh/Quadratmeter. Während der Heizenergieverbrauch und dem Stromverbrauch etwas rückläufig war, sei der spezifische Wasserverbrauch zum Vergleichsjahr 2022 identisch geblieben. Man liege mit einem Verbrauch in Höhe von 191 l/Quadratmeter deutlich unter dem Grenzwert in Höhe von 365 l/Quadratmeter und etwas über dem Zielwert in Höhe von 114,6 l/Quadratmeter.

Bezüglich der Straßenbeleuchtung teilt FRAU SCHRAMM mit, dass man auf der Gemarkung Engen 77 km ausgeleuchtete Straßenkilometer mit 2190 Leuchtpunkten hätte. Einzelne Straßenzüge seien bereits auf LED umgerüstet und werde auch von den Stadtwerken weiter vorangetrieben. Bezüglich der Straßenbeleuchtung gibt FRAU SCHRAMM auch nochmals den Hinweis, dass man aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses, keine Beleuchtung von Gebäuden und Reduktion der Straßenbeleuchtung vorzunehmen, eine Einsparung in Höhe von 20-40 % erreicht hätte. 2023 hätte der Gemeinderat beschlossen die Energieeinsparmaßnahmen beizubehalten. Während im Bereich der Straßenbeleuchtung der Verbrauch stetig zurückgeht und im Berichtsjahr 2023 bei 347.000 kWh liege, würden die Kosten gleichzeitig ansteigen und im Jahr 2023 bei 135.776 € liegen. Im Bereich Verbrauch hätte man im Berichtsjahr 2023 zum Vergleichsjahr 2021 eine Verbrauchsreduktion um 30 % erreicht. Durch die geänderte Beleuchtung hätte man eine Kosteneinsparung in Höhe von 60.000 € erreicht.

Im Bereich der CO₂-Emissionen der städtischen Gebäude, sei weiterhin der größte CO₂ Emitent das Bildungszentrum mit rund 300 t CO₂ im Berichtsjahr. Insgesamt sei die Entwicklung der CO₂-Emissionen zwischen 1996 und 2023 weiter rückläufig. Man habe im genannten Zeitraum rund 60 % CO₂-Emissionen eingespart und liege nun bei 16,50 kg/Quadratmeter. Zur weiteren Reduktion des CO₂ Verbrauchs, seien weitere Maßnahmen wie zum Beispiel das Umrüsten von bestehenden Heizungsanlagen sowie die Nutzung von Eigenstrom sowie die Umstellung auf Ökostrom bei allen Gebäuden notwendig.

BÜRGERMEISTER HARSCH bedankt sich bei FRAU SCHRAMM für die Vorstellung des Energieberichts 2023 und teilt dem Gremium mit, dass seitens der Verwaltung auch Überlegungen angestrebt werden, welchen Beitrag die Verwaltung leisten kann. Hierbei seien Überlegungen zu einem Nahwärmenetz mit Heizzentrale im Bereich Altstadt, Innenstadt in der Prüfung.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ möchte wissen, ob das Erlebnisbad im Energiebericht mit eingebunden sei. FRAU SCHRAMM verneint dies. Außerdem möchte STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ wissen, wie viel Prozent der Straßenbeleuchtung bereits auf LED umgerüstet sei. STADTBAUMEISTER DISTLER teilt mit, dass ca. zwei Drittel der Beleuchtung umgerüstet sei.

STADTRAT GERHARD STEINER bedankt sich für die Vorstellung des Berichts und merkt an, dass man nahezu jährlich den Verbrauch reduziert, durch das Hinzukommen von Flächen der Effekt aber meistens verpuffe. Aus seiner Sicht sollte deshalb darüber nachgedacht werden,

wie die Flächen reduziert werden könnten. Er regt an den Gedanken im Sinne einer Nachhaltigkeit weiterzuverfolgen. BÜRGERMEISTER HARSCH merkt an, dass das Ziel bei neuen Flächen immer sei, in die Neutralität anzukommen.

STADTRAT TIM STROBEL bedankt sich jedenfalls für den Bericht und hebt die erfreuliche Entwicklung hervor. Kritisch merkt er an, dass aus den Berichten schwierig herauszulesen sei, welche Maßnahmen daraus abzuleiten seien. Außerdem bittet er darum, dass künftig im Bericht Infos über die Wärmeplanung mit einbezogen werden. Gerne hätte er auch Informationen über die einzelnen Gebäude.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, nimmt der Gemeinderat den Bericht zur Kenntnis.

4 Beschlussfassung über den Wahlzeitraum für die Jugendgemeinderatswahl 2025 Vorlage: 230-24

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die Drucksache Vorlage Nummer 230 - 24.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Wahlzeitraum von 20.01.25 ab 8 Uhr bis 31.01.25 um 14 Uhr.

5 Beschlussfassung über die Bestellung des Wahlausschusses für die Jugendgemeinderatswahl vom 20.01.-31.01.2025 Vorlage: 229-24

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die Drucksache Vorlage Nummer 229 - 24.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat bestellt den Wahlausschuss in der vorgeschlagenen Besetzung.

6 Beschlussfassung zum Jubiläum und zum Narrentreffen 2025 der Narrenzunft Engen e.V. Vorlage: 238-24

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt erklärt sich Sigmar Hägele als Befangen und nimmt im Besucherbereich platz.

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nummer 238 - 24 ein und bitte HAUPTAMTSLEITER HOCK die Vorlage zu erläutern.

HAUPTAMTSLEITER HOCK berichtet, dass bereits im September 2023 über die Überlassung der öffentlichen Plätze und der Sporthallen als Massenquartier entschieden wurde. Außerdem wurde bereits eine Beteiligung der Kosten für den Festakt im Museum und eine Beteiligung am Zunftmeisterempfang zugesagt.

Noch nicht geklärt sei die Übernahme der Kosten für die Verkehrsversicherungspflicht sowie für diverse Bauhofleistungen, die in der Vorlage ausgeführt seien. Außerdem verweist HAUPTAMTSLEITER HOCK auf die ausgeführten Kosten, die von der Narrenzunft getragen werden. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen die Verkehrssicherungspflicht, über eine externe Firma zu beauftragen und die Bauhofkosten, wie aufgeführt, zu übernehmen. Ergänzend hierzu teilt HAUPTAMTSLEITER HOCK mit, dass mittlerweile auch die Kosten für die Endreinigung des Umzugsweges mit einer Kehrmachine der Stadt Singen vorliegen würden. Diese würden sich auf ca. 3500 € belaufen.

STADTRAT GERHARD STEINER macht darauf aufmerksam, dass ein richtiges Großereignis in Engen anstehen würde. Er äußert den Wunsch, dass die Narrenzunft eine Endabrechnung vorlegen müsse, wonach dann ermittelt werden soll, ob die Kosten für die Verkehrssicherungspflicht der Narrenzunft erstattet werden könnten.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ bestätigt, dass es in seiner Fraktion ähnliche Diskussionen gegeben habe. Aus seiner Sicht sei es wichtig, ein Signal Richtung Narrenzunft zu senden, dass mit der Veranstaltung kein Minus für den Verein entstehe.

STADTRAT URS SCHELLER hält es ebenfalls eine gute Sache dem Verein dieses Signal zu übermitteln. Gleichzeitig tue er sich jedoch mit dem Beschlussvorschlag schwer, da dies aus seiner Sicht nicht transparent genug sei, da keine genaue Zahl genannt wird, in welcher Höhe ein mögliches Defizit übernommen werden solle, bzw. mit welchen Einnahmen die Narrenzunft rechne. Aus seiner Sicht hätte es auch die Möglichkeit gegeben bei örtlichen Unternehmen nachzufragen, ob die ein oder andere Leistung auf Spendenbasis übernommen hätte werden können.

STADTRAT TIM STROBEL hält es ebenfalls für wichtig, dass ein positives Signal Richtung Verein gesendet werde.

BÜRGERMEISTER HARSCH ergänzt, dass die Narrenzunft bereit wäre, die Verkehrssicherungspflicht über die externe Firma zu übernehmen. Das vorliegende Angebot betrage 9.500 €. Seitens der Stadt würden dann die Bauhofleistungen wie in der Vorlage ausgeführt übernommen werden. Für ein mögliches Defizit könnte die Stadt eventuell einspringen.

STADTRAT TIM STROBEL und STADTRAT GERHARD STEINER fragen nach, ob dies mit der Narrenzunft abgestimmt sei. BÜRGERMEISTER HARSCH antwortet, dass dies der Vorschlag der Narrenzunft gewesen sei, die externen Kosten für die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. Die Beauftragung würde dann bereits von der Narrenzunft ausgehen.

Bezüglich des Defizits einigt man sich zuletzt, dass man bei einem auftretenden Minus dieses nochmal im Gemeinderat bespreche und über die Höhe der Übernahme gesondert diskutieren werde.

Der Beschluss wird entsprechend umformuliert und lautet wie folgt:

Der Gemeinderat beschließt ergänzend zur Vorlage Nummer 170-23, die Narrenzunft beim Narrentreffen 2025 wie folgt unterstützen: Übernahme der Bauhofleistungen (Anschlüsse WC Container, Endreinigung des Umzugsweges durch eine externe Kernmaschine, Reinigung durch Fußtrups, Unterstützung beim Narrenbaum stellen, als Stadtreinigung nach dem Festwochenende), die Kosten einer Fremdfirma für die Erledigung aller Verkehrssicherungsmaßnahmen trägt die Narrenzunft.

Sollte der Narrenzunft, beim Narrentreffen ein Defizit entstehen, entscheidet der Gemeinderat in gesonderter Sitzung über die Übernahme.

Entsprechende Mittel sind im Haushaltsplan 2024 einzustellen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt ergänzend zur Vorlagen Nr. 170-23, die Narrenzunft beim Narrentreffen 2025 wie folgt zu unterstützen:

- Übernahme der Bauhofleistungen (Anschlüsse WC Container, Endreinigung des Umzugsweges durch eine externe Kehrmaschine, Reinigung durch Fußtrapps, Unterstützung beim Narrenbaum stellen, Altstadtreinigung nach dem Festwochenende

Die Kosten einer Fremdfirma für die Erledigung aller Verkehrssicherungsmaßnahmen trägt die Narrenzunft.

Sollte der Narrenzunft beim Narrentreffen ein Defizit entstehen, entscheidet der Gemeinderat in gesonderter Sitzung über die Übernahme.

Entsprechende Mittel sind im Haushaltsplan 2025 einzustellen.

**7 Beschlussfassung zur Antragstellung für die Erweiterung des Schulverbundes der Anne-Frank-Schule mit dem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum Hewenschule
Vorlage: 239-24**

Wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Tagesordnung abgesetzt.

**8 Beschlussfassung über die 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)
Vorlage: 226-24**

BÜRGERMEISTER HARSCH LEITET in die Vorlage Nummer 226-24 ein und bittet KÄMMERIN MUSCHELER die Vorlage vorzustellen.

KÄMMERIN MUSCHELER erläutert die einzelnen Steuerarten und erläutert detailliert die rechtlichen Hintergründe zur Grundsteuerreform und die damit einhergehenden Vorschläge für die entsprechenden Hebesätze.

Zur Gewerbesteuer teilt KÄMMERIN MUSCHELER mit, dass diese aufgrund der Rekorderneuerung im Bereich der Gewerbesteuer nicht erhöht werden soll. In Bezug auf die Grundsteuer betont KÄMMERIN MUSCHELER nochmals, dass sich die Stadt Engen selbst verpflichtet hätte, die Reform so weit als möglich Aufkommensneutral umzusetzen und nicht für versteckte Steuererhöhungen zu nutzen. Bei der Ermittlung der Hebesätze sei die bisherige Steuerkraftsumme ins Verhältnis zur neuen gesetzt worden. Die Hebesätze seien so ermittelt, dass das Steueraufkommen nahezu dem bisherigen Aufkommen auf Basis der ursprünglichen Messbeträge entspreche. Bei der Grundsteuer B schlage man einen Hebesatz von 230 Prozentpunkten vor, was eine Differenz im Steueraufkommen von -14.000 € bedeuten würde. Aus Sicht der Verwaltung sei dies aber verhältnismäßig und würde man den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen lassen.

Von einer Erhebung einer Grundsteuer C wolle man seitens der Verwaltung vorerst absehen. Die Gründe hierfür sind aus der Vorlage zu nehmen.

BÜRGERMEISTER HARSCH weist nochmals darauf hin, dass man bei Rekorderinnahmen der Gewerbesteuer keinen Sinn gesehen habe diese zu erhöhen. Gleichzeitig betont BÜRGERMEISTER HARSCH aber, dass für übernächstes Jahr eine Erhöhung der Gewerbesteuer wohl unumgänglich sei.

KÄMMERIN MUSCHELER ergänzt weiter, dass es bei der Grundsteuerreform Verlierer und Gewinner gebe, zu den Verlierern gehöre aufgrund der unbebauten Grundstücke mit Sicherheit auch die Stadt Engen. Zu den Gewinnern gehörten unter anderem Unternehmer, die Grundstücke vollbebaut hätten. Zur Grundsteuer C ergänzt KÄMMERIN MUSCHELER nochmals, dass die nicht Einführung auch der Empfehlung des Gemeinde- und Städtetags entsprechen würde. Zunächst wolle man Rechtssicherheit in der Grundsteuer A und B erlangen.

STADTRAT TIM STROBEL hält es für richtig, vorerst von der Grundsteuer C Abstand zu nehmen, da die Brachflächen ein Stück weit bereits in der Grundsteuer B mitberücksichtigt würden. Irritiert zeigt sich STADTRAT TIM STROBEL über die Beibehaltung des Gewerbesteuerhebesatzes und erläutert hierzu Vorgänge und Diskussionen aus der Vergangenheit. Hierzu merkt STADTRAT TIM STROBEL kritisch an, dass er über das Defizit des Ergebnishaushaltes gespannt sei und über das weitere Vorgehen darüber hinaus keine Gewerbesteuererhöhung vorzunehmen. Hinsichtlich dieses Vorgehens habe er Schwierigkeiten der Argumentation zu folgen. BÜRGERMEISTER HARSCH antwortet, dass die Nichterhöhung der Gewerbesteuer einzig mit dem Rekordergebnis zusammenhänge. Im nächsten Jahr rechne er mit einem höheren Defizit. Für ihn sei deshalb klar, dass nächstes Jahr eine Erhöhung komme.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ möchte den Hintergrund zur Aussage von KÄMMERIN MUSCHELER wissen, als sie den Hinweis gegeben hatte, dass 50 % der Gesamteinnahmen von 15 Betrieben geleistet werde. STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ möchte wissen, ob sie davon ausgehe, dass die Einnahmen sinken würden. KÄMMERIN MUSCHELER verweist auf die globalen Unruhen und die wirtschaftlichen Unsicherheiten und merkt an, dass das Risiko einer sinkenden Steuereinnahme durchaus vorhanden sei.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ merkt an, dass etwaige Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger zur Grundsteuer nicht an die Kommunen zu richten seien und regt an, einen entsprechenden Hinweis über den Hegaukurier zu veröffentlichen. BÜRGERMEISTER HARSCH bekräftigt dies und betont nochmals, dass die Kommune aufkommensneutral bleiben wolle, die Kommunen daher der völlig falsche Ansprechpartner sei.

STADTRAT GERHARD STEINER betont nochmals, dass ihnen wichtig sei, dass die Grundsteuer aufkommensneutral sei. Der Verzicht auf die Grundsteuer C sei aus seiner Sicht nachvollziehbar.

STADTRAT URS SCHELLER sieht es kritisch, dass ein leichtes Defizit unterm Strich herauskomme und sehe die Einsparung für jeden einzelnen als sehr gering an. Aus seiner Sicht sei jedem einzelnen Bürger hiermit nicht geholfen und er befürworte daher lieber jetzt die Aufkommensneutralität tatsächlich auch umzusetzen. Bei einer eventuellen Erhöhung im kommenden Jahr, würde der Frust komplett auf die Kommunen zurückzuführen sein.

KÄMMERIN MUSCHELER betont, dass sie es ungeschickt fände, wenn später im Transparenzregister stehen würde, dass die Stadt Engen aufkommensneutral bei 233 Prozentpunkten sei und im Gemeinderat 234 % beschlossen worden wäre.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ regt an, die einzelnen Ziffern getrennt abstimmen zu lassen. Gegen diesen Vorschlag regt sich kein Widerstand aus dem Gremium.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat folgende Beschlüsse

Ziffer 1: einstimmig,

Ziffer 2: einstimmig,

Ziffer 3: eine Enthaltung,

Ziffer 4: einstimmig,

Ziffer 5: einstimmig.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Engen beschließt den Hebesatz der Gewerbesteuer innerhalb der Hebesatzsatzung mit 330% festzulegen.
2. Der Gemeinderat der Stadt Engen beschließt den Hebesatz der Grundsteuer A innerhalb der Hebesatzsatzung mit 350% festzulegen.
3. Der Gemeinderat der Stadt Engen beschließt den Hebesatz der Grundsteuer B innerhalb der Hebesatzsatzung mit 230% festzulegen.
4. Der Gemeinderat der Stadt Engen beschließt von einer Erhebung der Grundsteuer C zunächst Abstand zu nehmen und nach rechtsicherer Umsetzung der Grundsteuerreform den Sachverhalt nochmals zur thematisieren.
5. Der Gemeinderat beschließt die 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) wie vorgelegt.

**9 Beschlussfassung über die Vergabe von Ingenieurleistungen für die Erweiterung des Kindergartens Glockenziel in Engen
Vorlage: 224-24**

STADTBAUMEISTER DISTLER stellt die Vorlage vor und erläutert, dass es beim Lichtplaner einen Wechsel gegeben habe. Ergänzend führt STADTBAUMEISTER DISTLER aus, dass je nach Witterung ab Februar/März der Beginn mit der Bodenplatte sein soll.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt,

- Michael Djebbar Lichtplanung den Auftrag vor die Elektrofachplanung in Höhe von 33.992,22 € (brutto),
- Mäder Ingenieure GbR, Engen, den Auftrag für die Tragwerksplanung in Höhe von 44.255,37 € (brutto) sowie
- Ingenieurbüro Peter Blum, Reichenau, den Auftrag für die technische Gebäudeausrüstung (Sanitär, Heizung, Lüftung) in Höhe von 40.707,12€ (brutto)

zu vergeben.

10 Beschlussfassung zur Werkplanung für den Umbau des Verwaltungsbereiches und Schaffung von Klassenzimmern für den Anne-Frank-Schulverbund Vorlage: 141-24

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nummer 141 - 24 ein und bittet STADTBAUMEISTER DISTLER die Vorlage entsprechend vorzustellen.

STADTBAUMEISTER DISTLER gibt einen kurzen Rückblick auf das festgestellte Raumprogramm der Schule, welches mit dem Regierungspräsidium bereits 2019 erarbeitet wurde. Ursprünglich war vorgesehen, die alte Stadthalle abzureißen und an dieser Stelle einen Abschlussbau zu realisieren, in dem die zusätzlichen Räume untergebracht werden könnten. Da die alte Stadthalle weiterhin an den Landkreis vermietet sei könne dieser Abschlussbau vorerst nicht erfolgen.

In der Sitzung des Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschuss am 9. April 2024 sei seitens der Schulleitungen nochmals auf die aktuelle Raumsituation am Bildungszentrum aufmerksam gemacht und der dringende Bedarf an weiteren Schulräumen kundgetan worden. Im Anschluss sei gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Schulleiter, HERR DANIEL JEDLICKA, eine Konzeption für eine schrittweise Umsetzung der zusätzlich benötigten Räume erarbeitet worden.

Anschließend erläutert STADTBAUMEISTER DISTLER mithilfe einer PowerPoint Präsentation den aktuellen Ist-Zustand, sowie die schrittweise Umsetzung zur Schaffung von Räumlichkeiten. Hierbei geht er jedoch insbesondere auf notwendige Sanierungsmaßnahmen und Brandschutzmaßnahmen ein. Zunächst sei eine Aufstockung des Pavillons Ost in der Planung. Im Anschluss sollen im jetzigen Verwaltungsbereich zwei neue Klassenzimmer geschaffen werden. Darüber hinaus würden energetische Sanierungen sowie Brandschutzmaßnahmen in Angriff genommen werden.

STADTBAUMEISTER DISTLER gibt einen Überblick über die aktuelle Kostenberechnung. Die Aufstockung würde aktuell mit rund 2,5 Millionen € bei 500 m² brutto Geschossfläche ins Gewicht fallen. 180.000 € würde allein der Umbau des Verwaltungsbereichs zur Schaffung weiterer Klassenzimmer bedeuten. Hinzu kämen energetische und Brandschutzmaßnahmen in Höhe von rund 1,6 Millionen €.

Zuletzt erläutert STADTBAUMEISTER DISTLER das Vorgehen aufgrund fehlender Förderzusagen des Regierungspräsidiums. Man habe die Entwürfe bereits an das Regierungspräsidium zur Durchsicht geschickt. Eine Förderaussage habe man aktuell noch nicht vorliegen, weshalb man zum aktuellen Zeitpunkt zunächst den Beschluss zur Erstellung der Werkplanung herbeiführen möchte. Hierbei betont STADTBAUMEISTER DISTLER nochmals, dass es sich um keinen Baubeschluss, sondern nur um die Beauftragung der Werkplanung handeln würde. Mit diesem Vorgehen würde man keine Zeit in der Planung verlieren und könne diese weiter vorantreiben. Sobald eine Aussage des Regierungspräsidiums vorliege, würde man eine Info in den Gemeinderat bzw. den entsprechenden Baubeschluss fassen.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ fragt nach, was aus den Überlegungen bezüglich Archiv geworden sei. STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass dies in den aktuellen Planungen keine Rolle spiele, man sich intern darüber weiteren Gedanken mache.

Nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Werkplanung für den Umbau des Verwaltungsbereiches und der Schaffung von Klassenzimmern für den Anne-Frank-Schulverbund zu erstellen.

- 11 Beschlussfassung über die Vergabe von Beton-/ Stahlbeton- u. Blitzschutzarbeiten für die Erweiterung der Kaltlagerhalle und das Versetzen des Salzsilos
Vorlage: 223-24**

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage zur 223-24 ein und bittet STADTBAUMEISTER DISTLER die Vorlage auszuführen.

STADTBAUMEISTER DISTLER erläutert die Vorlage entsprechend.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt der Firma Wesle aus Tengen den Auftrag zur Angebotssumme von 52.858,13 € zu erteilen.

- 12 Beschlussfassung über die Ausübung eines Vorkaufsrechts in Engen-Bargen
Vorlage: 235-24**

Tagesordnungspunkt 12 wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Tagesordnung abgesetzt.

- 13 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger**

- 14 Beschlussfassung zur Annahme von Spenden.
Vorlage: 222-24**

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der der Annahme der Spenden zu.

- 15 Dringende Vergaben**

- 16 Mitteilungen aus der Verwaltung**

- 16.1 Mitteilung Kosten Kanalsanierung**

- 16.2 Mitteilung über Abrechnung Radweg**

- 16.3 Mitteilung zu Bauanträgen**

- 16.4 Mitteilung zum Bauantrag Einbau einer Dachgaube in Neuhausen**
- 16.5 Mitteilung zum Bauantrag Errichten eines Busparkplatzes in Welschingen**
- 16.6 Mitteilung zum Bauantrag Gaststättennutzung im Gewerbegebiet in Welschingen**
- 16.7 Mitteilung zum Bauantrag Neubau eines Lagerschuppens in Neuhausen**
- 16.8 Mitteilung zum Umlaufbeschluss Vergabe von Straßenbauarbeiten in Welschingen**
- 16.9 Mitteilung zur Städtepartnerschaft 2025**
- 16.10 Mitteilungsvorlage Beteiligungsstruktur 26.11.2024**
- 16.11 Mitteilungsvorlage Blitzer LRA**

- 17 Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat**

- 17.1 Anfrage zum aktuellen Stand zur Anne-Frank-Sporthalle**

STADTRAT BERNHARD MAIER möchte wissen, wie der aktuelle Stand zur Anne-Frank-Sporthalle sei.

STADTBAUMEISTER DISTLER erläutert, dass der letzte Gutachtertermin vor zwei Wochen stattgefunden hätte und der komplette Rückbau freigegeben sei. Aktuell sei man am Wiedereinbau. Eventuell könne man nächste Woche mit dem Einbau der Fußbodenheizung beginnen. Die Abwicklung würde über den Versicherer direkt laufen, aktuell geht man von einer Summe von ca. 300.000 € aus.

17.2 Anfrage zu den Messergebnissen Ortsdurchfahrt Barga

STADTRAT JOACHIM KENTISCHER fragt nach Ergebnissen zu den Geschwindigkeitsmessungen Ortsdurchfahrt Barga. HAUPTAMTSLEITER HOCK antwortet, dass er diese bei Bedarf gerne im Ordnungsamt einsehen könne.

17.3 Bitte nach Erneuerung der Fahrbahnmarkierungen in den 30er Zonen

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ bittet darum, dass die Fahrbahnmarkierungen, insbesondere in den dreißiger Zonen, erneuert werden.

17.4 Hinweis zum Zustand des Hallenbodens in der Hohenhewenhalle

STADTRAT ARMIN HÖFLER teilt mit, dass der Hallenboden in der Hohenhewenhalle immer schlimmer werde und möchte wissen, ob es hierzu bereits Planungen gebe.

STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass dies in Verbindung mit einer möglichen Sanierung der Heizung und Lüftung stehe und hierfür eine Gesamtkonzeption notwendig sei. Das Thema sei aber nicht vergessen, aber aufgrund der Komplexität in der Priorität nach hinten gerückt.

Unterzeichner/in:

Datum:

Frank Harsch
Bürgermeister

Jochen Hock
Protokollführer

Oskar Lohner
Stadtrat

Bernhard Maier
Stadtrat
